

Das Bundesprogramm „Demokratie leben! in Nürnberg

Bericht des Menschenrechtsbüros für den Ältestenrat am 22. März 2017

1. Das Vorläuferprogramm Toleranz fördern – Kompetenz stärken

Von 2011 bis Ende 2014 hat das Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg den Lokalen Aktionsplan aus dem Bundesprogramm Toleranz fördern – Kompetenz stärken, das aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert wurde, federführend umgesetzt. Das Programm war eine wichtige finanzielle Säule der Menschenrechtsarbeit in Nürnberg, denn mit einer Gesamtfördersumme von etwa 350.000 Euro konnten über vier Jahre hinweg, kleinteilig und stadtteilbezogen, Projekte der Demokratieerziehung, des Engagements gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und der Förderung des friedlichen Miteinanders unterstützt werden. Bei den mehr als 50 Projekten, die verwirklicht werden konnten, reichte die Bandbreite von großen verstetigten Projekten, die dauerhaft etabliert werden konnten, bis hin zu vielen Mikroprojekten, die beispielsweise an Schulen durchgeführt wurden.

Damit hat der Lokale Aktionsplan in Nürnberg maßgeblich zur Stärkung bereits vorhandener und zum Aufbau neuer Netzwerkstrukturen und zur wirksamen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und menschenfeindlichen Haltungen beigetragen. Es ist gelungen, zivilgesellschaftliche Kreativität finanziell zu unterstützen und dadurch in wirksame Aktivitäten auf der lokalen Ebene zu transformieren.

2. Demokratie leben! – Programmziele

Im Januar 2015 hat Nürnberg erneut den Zuschlag bekommen für das Nachfolgeprogramm *Demokratie leben!* Ziel dieses Programms ist es, demokratisches Verhalten und den Einsatz für eine positive Gestaltung von Vielfalt vor Ort aktiv zu fördern. Unter dem Motto „Nürnberg hält zusammen – gemeinsam Aktionen vor Ort gestalten“ beteiligt sich die Stadt Nürnberg an diesem auf fünf Jahre angelegten und mit insgesamt etwa 400 000 Euro ausgestatteten Programm. So sollen die Kräfte von Staat bzw. Kommune und Zivilgesellschaft gebündelt werden, um Angriffen auf Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit kraftvoll entgegenzutreten.

Gegenwärtig ist die Bundesrepublik von zwei gegenläufigen gesellschaftspolitischen Strömungen geprägt: Eine neue Willkommenskultur, getragen von einem außergewöhnlich hohen bürger-schaftlichen Engagement steht einer zunehmend rassistisch unterlegten Ablehnung und Abwertung von Geflüchteten, Migrant/innen sowie vermeintlich „Anderen“ und „Fremden“ gegenüber. Letztere haben sich tief in der Mitte der Gesellschaft verfestigt ebenso wie Antisemitismus als latent vorhandenes Ressentiment, wie die jüngst veröffentlichte „Mitte-Studie“ der Uni Leipzig herausfand.

Ein erstarkter Rechtsextremismus und ein neu aufgekeimter Rechtspopulismus hetzen gegen Muslime und Flüchtlinge, verachten Politik und Medien, propagieren einen Nationalismus, der zur Abschottung aufruft und sehnen sich nach Autorität sowie einer homogenen „Gemeinschaft“. Diese Entwicklung bedroht die gesellschaftliche Vielfalt, das friedliche Zusammenleben und die parlamentarische Demokratie. Für die von Diskriminierung und Rassismus betroffenen Menschen bedeutet dies die alltägliche Verletzung ihrer Menschenwürde – oder im schlimmsten Fall ihrer körperlichen Unversehrtheit: Die Zahl rassistischer Gewalttaten ist gegenwärtig auf dem höchsten Stand seit der Definition „politisch motivierte Kriminalität“ im Jahr 2001.

Auch in Nürnberg hat die Zahl rechtsextremer und rechtspopulistischer Kundgebungen und Demonstrationen seit Mitte 2015 ein noch nie gekanntes Ausmaß erreicht. Dazu kommen ebenfalls mit Sorge betrachtete Phänomene des religiös begründeten Extremismus wie Salafismus und Djihadismus.

Ziel des Programmgebers ist es deshalb, die zahlreichen Initiativen, Vereine und engagierten Bürgerinnen und Bürger in ihrem Engagement für Demokratie, bei ihrem solidarischen Eintreten für die verletzlichen Gruppen der Gesellschaft und für ein gewaltfreies und respektvolles Miteinander zu unterstützen.

Im Besonderen sollen Projekte der Demokratieförderung und der Extremismusprävention finanziell unterstützt und miteinander vernetzt werden. Damit soll deutlich werden, dass demokratische Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sowie Toleranz niemals zur Disposition stehen dürfen – auch nicht in Zeiten eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels. Bundesweit wurden 179 Kommunen in das Programm aufgenommen, nur 20 davon allerdings in Bayern.

3. Umsetzung in Nürnberg

An die Stelle der alten lokalen Aktionspläne sind nun so genannte lokale „Partnerschaften für Demokratie“ getreten. In diesen kommen die Verantwortlichen aus der Kommunalpolitik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft – aus Vereinen und Verbänden über Kirchen bis hin zu bürgerschaftlich Engagierten – zusammen. Anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen entwickeln sie gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie, unterlegt mit entsprechenden Projekten. Dies geschieht in erster Linie in den zweimal jährlich durchgeführten Demokratiewerkstätten. Neu ist, dass es neben dem bisherigen Begleitausschuss, der über die Mittelvergabe entscheidet, nun auch einen Jugendausschuss gibt, der eigenständig Mittel für Projekte von Jugendlichen für Jugendliche vergeben darf.

Die Administration des Programms erfolgt in enger Kooperation zwischen dem Menschenrechtsbüro als federführendem Amt und Dokupäd, einer Einrichtung des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt als Träger der lokalen Koordinierungsstelle. Große Unterstützung leistet auch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt. Der zehnköpfige Begleitausschuss setzt sich in Nürnberg nicht nur aus Vertreter/innen städtischer Dienststellen zusammen, auch der Integrationsrat und eine Reihe bürgerschaftlich Engagierter sind vertreten und decken damit ein breites gesellschaftliches Spektrum ab.

Die Programmziele auf lokaler Ebene werden stets im Begleitausschuss diskutiert und je nach Bedarfslage fortgeschrieben oder modifiziert. Bildeten im Jahr 2015, das der Begleitausschuss unter das Motto „Begegnung ermöglichen“ gestellt hatte, noch Angebote für Geflüchtete und Begegnungsformate zwischen (Alt-)Eingesessenen und Neuzugewanderten den Schwerpunkt der Einreichungen und Förderungen, so ging der Begleitausschuss in seiner Ausschreibung für 2017 einen Schritt weiter: Unter dem Motto „Von der Begegnung zum Dialog“ sollen Projekte gefördert werden, die zeigen, dass interkultureller und interreligiöser Austausch, aber auch der generationenübergreifende Dialog, gemeinsame Aktivitäten von Menschen mit und ohne Behinderungen stets bereichernd und befruchtend sind, weil sie nicht nur Vorbehalte abbauen, sondern auch dazu beitragen, Ausgrenzung und Diskriminierung zu vermeiden. Daneben werden die globalen Ziele der Prävention gegen politisch und religiös begründeten Extremismus und die Entwicklung kreativer und erfolgversprechender Formate der Auseinandersetzung damit fortgeschrieben.

4. Zwischenbilanz

Die große Zahl an Projektanträgen – 19 geförderte Projekte allein im Jahr 2016 und bereits 18 Anträge in der ersten Förderrunde 2017 – spiegelt die reiche zivilgesellschaftliche Infrastruktur Nürnbergs nicht nur im Bereich des menschenrechtlichen Engagements, auch der Flüchtlings-, Bürgervereins-, Jugend- und Stadtteilarbeit wider. So leistete das Bundesprogramm die Anschubfinanzierung für preisgekrönte Konzepte wie zum Beispiel das Projekt „Refukitchen“ der Evangelischen Studierendengemeinde, das sich zu einem festen Format in der Arbeit mit geflüchteten Menschen entwickeln konnte. Auch das umfassende Projekt der Nachbarschaftshilfe im sozialen Nahraum der Solgerstraße konnte dank der Starthilfe des Bundesprogramms verstetigt werden. Interaktive Theaterprojekte, die sich mit Themen wie Flucht oder Radikalisierung beschäftigen, stoßen vor allem bei Schulen auf großes Interesse.

Ein Beispiel für das außergewöhnliche Engagement einzelner Bürger/Innen ist das von zwei Personen organisierte Stadtteilpicknick „Hummelstein hält zusammen“, das neben dem Gedenken an das NSU-Opfer Abdurrahim Özüdođru zu einem Fest der Begegnung im Stadtteil wurde. So kann zusammenfassend festgestellt werden, dass sämtliche durch das Bundesprogramm geförderten Konzepte und Projekte einen fruchtbaren Beitrag zu einem friedlichen und respektvollen Zusammenleben in Nürnberg geleistet haben und viele Menschen, vor allem Jugendliche, mit Themen der Demokratiebildung und -förderung erreicht werden konnten.

Das Bundesprogramm hat aber noch einen weiteren nicht zu unterschätzenden Effekt: Es wertschätzt und honoriert das große zivilgesellschaftliche Engagement vieler Vereine, Institutionen und einzelner Bürger/innen und motiviert zum Weitermachen. Gerade in der Möglichkeit, aufeinander aufbauende Projekte zu beantragen, können Nachhaltigkeit und Verstetigung erreicht werden. Dabei ist auch eine steigende Kompetenz der Antragstellenden im Umgang mit öffentlichen Fördermitteln zu beobachten.

Auch in diesem Jahr kann trotz einer erheblichen Aufstockung der Fördermittel durch den Bund – für das Jahr 2017 stehen 52.000 Euro zur Verfügung – bei weitem nicht allen Anträgen stattgegeben werden. Seit dem Jahr 2017 verlangt der Bund eine progressiv steigende Kofinanzierung. Sie beträgt 5.000 Euro im Jahr 2017 und verdoppelt sich auf 10.000 Euro im Jahr 2018. Dies kann allein aus Budgetmitteln des Menschenrechtsbüros nicht mehr getragen werden. Dennoch befürworten wir aus den genannten Gründen – auch bei steigendem Eigenanteil – eine Fortführung des Bundesprogramms in Nürnberg über 2017 hinaus.